

Frankreich: Der Staub der Riots legt sich, Rechtsruck-Reaktionen bleiben

Riots scheinen zu Wochenbeginn im Abschwellen – Ausnahmezustand vorläufig nicht in Kraft gesetzt (und „wohl nicht mehr nötig“), doch Einsatz von Panzerfahrzeugen angeordnet, Ausgangsperrren kurzfristig örtlich verhängt und Verhängung von Internetsperren für geographische Zonen im Gespräch – Zwei Tote wohl durch Querschläger, in Marseille und Französisch-Guyana - Die Position der linkspluralen Wahlplattform LFI gerät unter Druck – Rechtsextreme laufen zu Hochform auf: Stiefelschichten attackierten Demonstrationen; rechte Spendensammlung für den polizeilichen Todesschützen (Letzterer sitzt in U-Haft) trug innerhalb weniger Tage über eine Million Euro ein. – 480 Teilnehmer/(innen) an den Riots bereits verurteilt, 380 inhaftiert. Oft wurden Strafen „fürs Exempel“ ohne wirkliche individuelle Tatwürdigung verhängt. – Mehrere Polizei-„gewerkschaften“ drehen ziemlich schwer am Rad. Militärs an Ordnungseinsatz in Lorient beteiligt? – 90 Organisationen der Linken und des Gewerkschaftsspektrums rufen für kommenden Samstag, den 08. Juli zu Demonstrationen auf

Eines respektive einer ist Deutschland immerhin erspart geblieben. Nämlich Emmanuel Macron. Jener hätte am Sonntag, den 02. Juli auf Staatsbesuch in Deutschland eintreffen und dort bis zum Dienstag, den 04. Juli verweilen sollen, doch sagte der französische Staatspräsident diesen Aufenthalt am vorigen Wochenende ab (<https://juste-milieu.fr/la-visite-demmanuel-macron-annulee-en-allemande-a-cause-des-emeutes/> und https://www.lepoint.fr/politique/face-aux-emeutes-macron-reporte-sa-visite-en-allemande-01-07-2023-2526985_20.php), weil jedenfalls damals die Flammen der sich über weite Teile Frankreichs ausbreitenden Riots überbordeten.

Stattdessen empfing Macron am Dienstag, den 04. Juli im Elyséepalast die Bürgermeister/innen von 220 hauptbetroffenen Kommunen. Angekündigt wurde daraufhin ein „Notgesetz für den Wiederaufbau“ zerstörter Gebäude oder Einrichtungen, das nun im Eilverfahren durchgesetzt werden soll.

Sachschäden werden lt. Medienberichten derzeit durch die Versicherer auf 250 Millionen, zuletzt 280 Millionen Euro geschätzt (für rund 5.000 ausgebrannte Fahrzeuge und rund 1.000 zerstörte Gebäude). (Vgl. <https://www.latribune.fr/economie/france/emeutes-les-assureurs-avancent-une-premiere-facture-des-sinistres-a-280-millions-d-euros-968381.html> und <https://www.francebleu.fr/infos/faits-divers-justice/violences-urbaines-deja-280-millions-d-euros-de-degats-selon-les-assureurs-l-etat-veut-aider-les-commerces-3234054>) Dadurch liegt die vorläufige Schadensbilanz bereits über jener von 2005, obwohl die Riots und Revolten damals länger (über vierzehn Tage) anhielten, infolge

des Todes der beiden Jugendlichen Bouna Traoré und Zyed Benna in der Pariser Vorstadt Clichy-sous-Bois. (Vgl. <https://www.francebleu.fr/infos/faits-divers-justice/violences-urbaines-deja-280-millions-d-euros-de-degats-selon-les-assureurs-l-etat-veut-aider-les-commerces-3234054>)

Anlass für die kurzzeitig heftigen Riots war die Tötung des 17-jährigen Nahel Merzouk in Nanterre in der Nähe von Paris am Dienstag voriger Woche, 27. Juni d.J.; von dem Vorfall ging bald ein Handyvideo um, das belegte, dass die offizielle Version der Polizei – diese lautete auf Notwehr – hinfällig war, weil es sich als Lüge herausstellte, dass der Heranwachsende auf einen Beamten aufzufahren gedroht hätte. Es bleibt bei illegalem Fahren ohne Führerschein, doch darauf steht bekanntlich nicht die Todesstrafe. Und dem Tod durch eine Polizeikugel gingen andere, ähnliche oder vergleichbare Fälle voraus.

Mehrere polizeibedingte Todesfälle

Am 14. Juni d.J., also 13 Tage vor Nahel Merzouk, wurde im westfranzösischen Angoulême der 19jährige guineischer Herkunft Alhoussein Camara gegen 04.30 Uhr früh durch Polizeiangehörige erschossen. Er befand sich am Steuer seines frisch erworbenen PKW, um sich auf den täglichen Weg zur Arbeit im Lager eines zwanzig Kilometer entfernten Supermarkts zu machen.

(<https://www.mediapart.fr/journal/france/300623/pourquoi-personne-n-en-parle-15-jours-avant-nahel-alhoussein-19-ans-ete-tue-par-la-police-angouleme>) Dieser Vorfall wurde zunächst kaum bekannt und wurde auf überörtlicher Ebene erst durch die Unruhen infolge des Todes von Nanterre publik.

Am nordöstlichen Stadtrand von Paris wurden am 13. April dieses Jahres drei Jugendliche –westafrikanischer Herkunft - im Alter von 17, 14 und 13 Jahren (Safyatou, Salif und Ilan) auf einem Mofa schwer verletzt, nachdem dieses mutmalich mutwillig durch die Polizei angefahren worden war. Am ersten Sonntag im Mai fand eine Demonstration dazu statt, an welcher der Verfasser dieser Zeilen teilgenommen hat (<https://www.francebleu.fr/infos/faits-divers-justice/mineurs-percutes-a-scooter-a-paris-une-marche-pour-exiger-verite-et-justice-sera-organisee-dimanche-5118234>); zu Ausschreitungen kam es nicht. Am heutigen Mittwoch wird am Abend eine öffentliche Infoveranstaltung dazu stattfinden. (<https://paris-luttes.info/verite-et-justice-pour-safyatou-17223> und <https://paris-luttes.info/verite-et-justice-pour-safyatou-17223>)

Todesfälle am Rande von Auseinandersetzungen; Lorient: Militärs im Einsatz?

Unterdessen drang am heutigen Mittwoch durch die Massenmedien durch, was als Gerücht seit dem Wochenbeginn zirkulierte, dass mutmaßlich am Wochenende in Marseille ein Mann durch einen Querschläger getötet wurde. Unklar ist, ob er

irgendeinen Bezug zu den dort stattfindenden Riots aufwies, möglicherweise gar keinen. Allem Anschein nach wurde das Opfer durch ein Gummigeschoss der Marke *Flash-ball*, wie es aus dem – seit den „Gelbwesten“protesten bekannt gewordenen – Schussapparat LBD-40 abgefeuert wird, im Brustkorbbereich getroffen. (Vgl.: <https://www.sudouest.fr/faits-divers/mort-de-nahel/emeutes-un-homme-de-27-ans-est-mort-samedi-a-marseille-le-parquet-evoque-un-tir-de-type-flash-ball-15814608.php> oder <https://www.lindependant.fr/2023/07/04/emeutes-apres-la-mort-de-nahel-un-homme-de-27-ans-tue-a-marseille-probablement-par-un-tir-de-flash-ball-11320896.php>)

Aus dem bretonischen Lorient wurde publik, dass die Armee dort eine interne Untersuchung einleitete, weil allem Anschein nach Militärs einer dort stationierten Marineeinheit an der Niederschlagung von Riots teilgenommen hatten und die Betreffenden allem Anschein nach im Anschluss an die Polizei übergaben. Dazu ist die Armee jedoch nicht befugt (wobei die Strafprozessordnung es zulässt, dass, wer als Person Zeuge oder Zeugin einer Straftat wird, deren Urheber an die Polizei übergeben darf: <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/emeutes-de-mysterieux-anti-casseurs-pres-de-la-base-militaire-de-orient-20230703>)

Zu diversen Reaktionen

„Links und rechts eine Ohrfeige runter, und ab ins Bett!“ (*Deux claques, et au lit!*) Auf diese Weise stellt sich der rüstige Präfekt des französischen Zentralstaats in Montpellier, Hugues Moutouh, die Behandlung der oft jugendlichen oder heranwachsenden Teilnehmer – wesentlich seltener Teilnehmerinnen - der Riots in den französischen Banlieues vor. (https://www.bfmtv.com/politique/edito-deux-claques-et-au-lit-la-methode-choc-d-hugues-moutouh-le-prefet-bulldozer-de-l-herault_VN-202307040125.html) Mit diesen Sprüchen ertete der hohe Beamte, der schon früher durch polarisierende Äußerungen auffiel, am Montag Abend und Dienstag früh einigen Spott in französischen Medien. Viele Diskutierende in Talkshows und Interviews wiesen ihn darauf hin, wie „*theoretisch*“ es sei, in von prekären Arbeitsverhältnissen der Eltern, zerrütteten Familienverhältnissen und Zukunftslosigkeit geprägten Haushalten auf diese Weise Probleme regeln zu wollen. Wenn die Mutter als Reinigungskraft arbeiten muss und morgens früh morgens das Haus verlässt, deswegen um 21 Uhr im Bett liegt, dann lässt sich beim besten Willen kaum vorstellen, wie sie den 16jährigen Sohn am leisen Verlassen der Wohnung um Mitternacht hindern soll...

Auf die harte Tour die Dinge in den Griff zu bekommen – das schmeckt aber auch offenkundig einer nicht geringen Zahl anderer Französischen und Franzosen. Eine Spendensammlung im Internet für den polizeilichen Todesschützen, der vor nunmehr einer Woche – am 27. Juni – in der Pariser Vorstadt Nanterre den wegen Fahrens ohne Führerschein kontrollierten 17jährigen Nahel Merzouk erschoss, brachte innerhalb von fünf Tagen über eine Million Euro ein.

(https://www.lepoint.fr/politique/nanterre-une-cagnotte-de-soutien-au-policier-depasse-le-million-d-euros-03-07-2023-2527224_20.php)

Gestartet hatte die Sammlung der rechtsextreme Politiker Jean Messiha, ein früherer Weggefährte erst von Marine Le Pen, später von Eric Zemmour.

(<https://www.europe1.fr/faits-divers/mort-de-nahel-la-cagnotte-de-soutien-au-policier-depasse-le-million-deuros-4192200/>; vgl. zu ihm:

<https://www.ladepeche.fr/2023/07/05/portrait-extreme-droite-ne-en-egypte-que-sait-on-sur-jean-messiha-linstigateur-de-la-cagnotte-controversee-pour-le-policier-11322375.php>)

Am gestrigen Dienstag Abend, den 04. Juli 23 verkündete Messiha, die Spendensammlung bei nunmehr 1,636 Millionen Euro einzustellen und das Spendenkonto zu schließen. (Vgl. https://www.bfmtv.com/police-justice/la-cagnotte-pour-la-famille-du-policier-ayant-tue-nahel-a-ete-cloturee-1-636-240-euros-recoltes_AN-202307040956.html und <https://www.capital.fr/economie-politique/mort-de-nahel-la-cagnotte-ouverte-sur-la-plateforme-gofundme-va-etre-fermee-1473314>)

Unterdessen hatte der Anwalt der Opferfamilie von Nahel Merzouk kurz zuvor angekündigt, Strafanzeige wegen „*bandenmäßig betriebenen Betrugs*“ gegen den Urheber der Spendensammlung zu stellen. Dies begründet er mit der Vorspiegelung falscher Tatsachen; bei der Vorstellung der Spendenkampagne habe Messiha ein „*Vorstrafregister*“ des getöteten Nahel Merzouk präsentiert. Dieses habe jedoch in Wirklichkeit keine gerichtlichen Verurteilungen enthalten – bis dahin war der im Alter von 17 Jahren Getötete nicht vorbestraft, er hatte jedoch eine Jugendstrafe in Form einer „Erziehungsmaßnahme“ erhalten und war für September 23 zu einer Verhandlung vorgeladen -, sondern Auszüge aus dem Polizeiregister für Kontrollen und registrierte Vorfälle. Nun überzeugt die angestrebte juristische Qualifikation (*bandenmäßig betriebener Betrug*) den Autor dieser Zeilen, selbst Anwalt, durchaus nicht. Damit, dass es auf dieser Basis zu einer Verurteilung kommt, scheint eher nicht zu rechnen. Doch ist festzuhalten, dass eine Verletzung der gesetzlichen Unschuldsvermutung vorliegt, was an und für sich eine Straftat darstellt – denn Messiha hatte den Getöteten als „*Wiederholungs-*“ oder „*Serienstraftäter*“ (*multi-récidiviste*) bezeichnet, doch für eine nicht vorbestrafte Person ist dies unzulässig, denn Wiederholungstäter ist nur, wer nach einer bereits rechtskräftig gewordenen Verurteilung erneut straffällig wird.

Insofern liegt also eine Straftat seitens des Rechtsextremen Messiha vor. Bei Letzterem handelt es sich um einen überaus fanatischen Muslimhasser; dessen Name ist übrigens auf seine koptische Herkunft zurückzuführen. „*Betrug*“ an den Spendenden (denn diese wären ja ggf. die Betrogenen bei der Sache) dürfte jedoch eher nicht vorliegen, denn diese wussten und wollten, was sie taten, selbst wenn ihnen zum Teil frisierte Tatsachen vorgespiegelt worden waren – die Betroffenen dürften selbst fordern, ihnen ihre ideologischen Drogen in möglichst hoher Dosis zu

verabreichen. Gespendet wurden Beiträge von 10, 100, aber auch in Höhe von 1.000 Euro.

Zu verzeichnen ist ferner auch eine Gesetzesverletzung dadurch, dass der Öffentlichkeit nicht zugängliche Auszüge aus Polizeidateien – insbesondere aus dem TAJ, dem durch die Polizei geführten „*Register für frühere Justizkontakte*“ - publiziert wurden. Verantwortlich zeichnen können dafür im Grunde nur Polizeimitglieder.

Messiha selbst kündigte im Laufe des heutigen Mittwoch an, seinerseits im Gegenzug Strafanzeige gegen die Opferfamilie zu stellen, wegen „Verleumdung“ durch dieselbe (respektive ihren Anwalt). (<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/en-direct-emeutes-jean-messiha-annonce-deposer-plainte-contre-la-famille-de-nahel-20230705> und <https://www.valeursactuelles.com/politique/cagnotte-pour-le-policier-jean-messiha-annonce-deposer-plainte-contre-la-famille-de-nahel-pour-diffamation>)

Der 38jährige Polizist und frühere Militär Florian M. wartet derzeit in Untersuchungshaft auf sein Verfahren, ihm wird durch die Staatsanwaltschaft vorsätzlicher Totschlag vorgeworfen.

Zu den Wahnsinnsreaktionen aus bestimmten französischen Polizeigewerkschaften folgt demnächst an dieser Stelle Ausführlicheres...

(Stiefel)faschistische Umtriebe

Unterdessen attackierte außerparlamentarische rechtsextreme Gruppen Demonstrationen gegen Polizeigewalt unter anderem in Angers und Chambéry. (Vgl. <https://www.infolibertaire.net/milices-dextreme-droite-anti-casseurs-de-quoi-parler-ton/> und https://www.liberation.fr/politique/violences-urbaines-des-milices-dextreme-droite-signalees-dans-plusieurs-villes-20230702_DXLQYW3UJVCYZJNDJCYOXGJUNU/)

Auch in Lyon am Sonntag Abend (02.07.23), und am Montag Abend, den 03. Juli d.J. erneut in Chambéry kam es zu Aufmärschen stiefelfaschistischer Gruppierungen mit mehreren Dutzend Teilnehmern, die ankündigten, bald würden „*die Franzosen wieder Herr im eigenen Haus*“. Dabei wurde in Chambéry eine Person, wohl ein Gegendemonstrant, laut AFP-Meldung „*mit einem Hammer(schlag) am Kopf verletzt*“. (<https://www.lefigaro.fr/flash-actu/apres-lyon-des-militants-d-ultra-droite-defilent-a-chambery-20230704>) Dort und anderswo versuchen ähnliche Gruppierungen, sich als „*Bürgerwehren*“ in Szene zu setzen und dadurch an Zulauf zu gewinnen.

Linke und Gewerkschaften

Schwieriger fällt die Positionierung der Linken, will diese sich doch einerseits mit den Opfern von Polizeigewalt und Diskriminierung in den Banlieues solidarisch zeigen –

hat sie jedoch andererseits wenig Einfluss auf die dynamischen respektive (in Gestalt von Riots) gewaltförmigen Prozesse, die vor Ort ablaufen.

Ein Riot ist eben kein Streik, welcher notwendig auf Koordinierung und Organisation beruht, sondern ein spontanes Aufflammen, das vor allem dort stattfindet, wo just ein Vakuum an sozialer und politischer Organisation herrscht, und sich jeglicher Kontrolle entzieht. Und an dessen Rand es oft auch zu, als solche betrachtet, absolut beschissenen Aktionen kommt wie bspw. in der Nacht vom vorigen Samstag zum Sonntag, den 02. Juli 23 in der Pariser Vorstadt L'Hay-les-Roses zu der Attacke mittels eines als Rammbock benutzten Autos (*voiture-bélier*), das im Anschluss in Brand gesteckt wurde, auf die Privatwohnung des dortigen Bürgermeisters Vincent Jeanbrun.

Letzterer selbst weilte zu dem Zeitpunkt auf Krisenstabsitzung in seinem Rathaus – das er zuvor öffentlichkeitswirksam mit Stacheldraht umgeben hatte, während er in den Medien lauthals eine Verhängung des Ausnahmezustands forderte. Anwesend waren hingegen seine Frau und seine Kinder. Auf diese wurde durch die Angreifer mit Böllern geworfen. Irgendeinen gesellschaftsverändernden Effekt kann man darin nicht erkennen; die einzigen Ergebnisse dieser Schwachsinn-Aktion (deren Urheber fieberhaft polizeilich gesucht werden, wobei sich jedwede Solidarität mit ihnen von selbst verbieten dürfte) waren, dass die Ehefrau des Bürgermeisters mit Schockzustand ins Krankenhaus eingeliefert wurde, und dass die im Niedergang befindliche konservative Partei Les Républicains/LR nun über einen neuen, über Nacht prominent gewordenen Helden in ihren Reihen verfügt. (Vgl.

<https://www.lefigaro.fr/politique/emeutes-apres-la-mort-de-nahel-le-domicile-du-maire-de-l-hay-les-roses-vise-par-une-voiture-en-feu-sa-femme-hospitalisee-20230702> und <https://www.laprovence.com/article/france-monde/42901634182479/emeutes-vincent-jeanbrun-lelu-lr-propulse-symbole> oder https://www.liberation.fr/politique/lr-se-presse-au-chevet-du-maire-de-lhay-les-roses-20230703_XDBJRXRYCZGMNGTWZ4QGETTEPY/) Zu dessen Ehren rief die politische Klasse am vorgestrigen Montag, den 03. Juli 23 frankreichweit zu Kundgebungen vor den Rathäusern auf. Jeanbrun behauptete alsbald, es habe eine Mordabsicht gegen ihn vorgelegen. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen „versuchten Mordes“, wobei es in der Logik von Ermittlungen liegt, stets zu ihrem Beginn von der höchstmöglichen, der schwersten denkbaren strafrechtlichen Qualifikation auszugehen, um über eine möglichst breite Palette von Ermittlungsinstrumenten verfügen zu können (denn diese richtet sich nach der Schwere der Straftat, die ihren Gegenstand bildet).

In den französischen Vorstädten, früher durch eine industrielle Arbeiterschaft, heute eher durch Arbeitslosigkeit und ein Dienstleistungsproletariat geprägt, hinterließ die bis noch in die 1980er und 1990er Jahre starke Französische kommunistische Partei – längst nur noch ein Schatten ihrer selbst – ein solches Vakuum, das die Tatsache begünstigt, dass soziale Unzufriedenheit und Wut sich mitunter über Riots unkontrolliert Ausdruck verschaffen.

Die meisten Linken halten sich daraufhin bedeckt oder ziehen sich unter die Schutzhaube der Staatsmacht zurück; die grün-sozialdemokratisch regierten Rathäuser in Lyon und Marseille forderten am vorigen Freitag, den 30. Juni explizit polizeiliche Verstärkung und Eliteeinheiten an. (Vgl.

<https://tribunedelyon.fr/politique/emeutes-a-lyon-gregory-doucet-demande-tres-rapidement-des-renforts-de-police-nationale/> und <https://www.tf1info.fr/justice-faits-divers/video-mort-nahel-violences-urbaines-heurts-pillages-marseille-des-renforts-policiers-envoyes-apres-une-nouvelle-nuit-de-tensions-2262249.html>; Anm.: Am vorigen Freitag, Samstag und Sonntag mobilisierte die französische Staatsmacht insgesamt je 45.000 Angehörige von Polizei und Gendarmerie: (<https://www.europe1.fr/societe/en-direct-mort-de-nahel-troisieme-soiree-de-violences-en-france-plus-de-400-interpellations-4191678>)

Als einziger Prominenter aus der ersten Reihe scherte Jean-Luc Mélenchon aus. Der Linkspopulist und dreimalige Präsidentschaftskandidat von der Wahlplattform LFI („Das unbeugsame Frankreich“) twitterte vorige Woche, er rufe „*nicht zur Ruhe auf, sondern zu Gerechtigkeit*“, gefolgt von einigen LFI-Kolleg/inn/en, während der junge Abgeordnete François Ruffin sich eher skeotisch zu dieser Position äußerte ; bevor er (Mélenchon) päter präziserte, Angriffe auf Schulen, Schwimmbäder und Bibliotheken, als dem Gemeinwohl dienlich, dürften jedoch nicht in Frage kommen. (Vgl. https://www.bfmtv.com/police-justice/emeutes-jean-luc-melenchon-appelle-les-jeunes-a-ne-pas-toucher-aux-ecoles_AD-202306300847.html). Am Sonntag, den 02.07.23 verurteilte Mélenchon auch die o.g. beschissene Aktion von L'Haÿ-les-Roses in deutlichen Worten.

Doch für seine Positionierung insgesamt wurde er als vermeintlicher Komplize von Randalierern und Plünderern vielfach an den Pranger gestellt; ein Vizebürgermeister der Pariser Nobelvorstadt Neuilly-sur-Seine fordert nun ein Parteiverbot für ihn respektive die Wahlplattform LFI. (Vgl. <https://www.fdesouche.com/2023/07/03/marc-warnod-adjoint-au-maire-de-neuilly-sur-seine-veut-faire-interdire-lfi-jean-luc-melenchon-risque-la-perpetuite/>) Auch Teile der staatstragenden Linken distanzieren sich laut oder leise von ihm. (Vgl.

<https://www.marianne.net/politique/melenchon/appeler-a-la-justice-et-non-au-calme-pour-lfi-la-fin-justifie-les-moyens> und https://www.liberation.fr/politique/appel-au-calme-apres-la-mort-de-nahel-a-quoi-jouent-les-insoumis-20230704_NDYBREOCU5D6JPAGEWDOCPVP4/ und <https://www.lesechos.fr/politique-societe/politique/mort-de-nahel-en-refusant-dappeler-au-calme-lfi-joue-la-surenchere-a-gauche-1957463>)

Insgesamt hat auch die Linke zum Teil ihre Mühe und Not, wobei man Mélenchon zwar ansonsten für viele Punkte kritisieren kann, seine Position sich jedoch in diesem Falle eher erkennbar positiv von der quasi rein staatstragend-institutionellen der damals noch auf der politischen Linken dominanten französischen KP bei den Unruhen von 2005 in den *banlieues* abhebt.

Am kommenden Samstag, den 08. Juli d.J. rufen nun neunzig Organisationen und Verbände zu Demonstrationen „für Wut und Trauer“ sowie gegen Diskriminierungspolitiken gegenüber den Bewohner/innen von Unterklassenvierteln, Trabantenstädten und anderen Relegationszonen auf. Unter ihnen (den Aufrufer/innen) befinden sich die Wahlplattform LFI, die Grünenpartei EE-LV sowie die Gewerkschaftsdachverbände respektive -zusammenschlüsse CGT und *Union syndicale Solidaires*. (Vgl. Afp-Meldung dazu: <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/mort-de-nahel-90-organisations-classes-a-gauche-appellent-a-des-marches-citoyennes-samedi-20230705> und <https://solidaires.org/sinformer-et-agir/actualites-et-mobilisations/communiqués/notre-pays-est-en-deuil-et-en-colere/>)

An diesem Samstag, den 08.07.23 wird in Persan-Beaumont im nördlichen Umland ohnehin, einige Tage vor dem siebten Jahrestag, im Gedenken an den Tod des 24-jährigen Adama Traoré in den Händen der Gendarmerie am 19. Juli 2016, demonstriert. (Vgl. zu den Hintergründen: <https://www.labournet.de/internationales/frankreich/lebensbedingungen-frankreich/demonstration-zum-vierten-jahrestag-des-todes-von-adama-traore/> und <https://www.labournet.de/internationales/frankreich/lebensbedingungen-frankreich/frankreichs-george-floyd-heisst-adama-traore-massenproteste-gegen-rassismus-und-polizeiterror-im-ganzen-land/>)

Justizielle „Aufarbeitung“

Die Justiz beginnt unterdessen, ihre Mühlen anlaufen zu lassen. 480 Richtervorfürungen von Teilnehmern an Riots im – für Angeklagte riskanten – Schnellverfahren der *comparution immédiate* haben bereits stattgefunden, rund einhundert allein in Marseille, wo bis zu einjährige Haftstrafen „fürs Exempel“ fielen. Selbst beim bürgerlichen Rund-um-die-Uhr-Fernsehsender BFM TV war die Berichterstattung dazu quasi den ganzen Dienstag Abend (04.07.23) dadurch geprägt, dass betont wurde, die Strafen fielen vergleichsweise hart aus, oft in Teilen oder Gänze ohne Bewährung, ohne größere Beweisdiskussion, ohne größere individuelle Würdigung der Tatumstände und der Persönlichkeit. Verurteilt wurde zum Teil im Fünfzehn-Minuten-Takt.

Aufgegriffen wurden oft nicht unbedingt die, die tatsächlich problematische Aktionen begingen (wie etwa in Marseille: das Aufbrechen eines Supermarkts mit einem als Rammbock benutzten Auto, oder in Marq-en-Baroeul in der Nähe des nordfranzösischen Lille: das Anzünden eines Rathausgebäudes, in welchem sich noch drei Angestellte befanden), was für die Polizei auch schwierig und riskant gewesen wäre – sondern hinterher jene, die sich bspw. eine Stunde nach einer solchen Aktion in nicht sonderlich schlauer Weise an Ort und Stelle aufhielten und geplünderte, doch zurückgelassene Waren vom Boden auflasen oder die in Stunden zuvor aufgebrochenen Läden unbedacht herumspazierten. Zum Teil spielten dabei Neugier, Gaffertum und Nachahmungseffekte eine Rolle. Bei den Verhandlungen von

Marseille trug jedenfalls ein Angeklagter, dem Obstdiebstahl aus einem geplünderten Supermarkt vorgeworfen wurde, er habe seit einem Jahr keine Früchte gegessen, weil ihm dies infolge der Preissteigerungen nicht möglich sei.

In Créteil fiel die bislang höchste Strafe im Zusammenhang mit den Riots, drei Jahre Haft für einen (nicht vorbestraften) jungen Mann, dem vorgeworfen wurde, er habe einen Molotow-Cocktail in Richtung Polizei geschmissen.

Aus mehreren Prozessen wird darüber berichtet, wie Teile des Justizapparats die Schnellprozesse anscheinend für ein Festival repressiver Anwendungen nutzen. Die Twitter-Serie eines Prozessbeobachters in Marseille zitiert einen Ausspruch der Staatsanwältin, die in einem der Schnellverfahren tätig war und vortrug: „*In einer hierarchisierten Gesellschaft behandelt man Polizisten nicht von gleich zu gleich!*“ (Vgl. https://twitter.com/r_chekkat/status/1675989205053259777, vgl. auch einen, wenngleich nicht untendenziösen so doch teilweise erhellenden, Prozessbericht eines linksradikalen Mediums aus Pontoise bei Paris:

<https://www.revolutionpermanente.fr/ll-n-y-a-pas-de-justice-pour-nous-a-Pontoise-l-ecrasement-judiciaire-de-la-revolte-se-poursuit>)

Zumindest in einigen der abgeurteilten Fälle scheinen, in Ermangelung sonstiger Beweismittel, polizeiliche Festnahmeprotokolle als Schuldbeweise genügt zu haben. Was, unter anderem unter dem Gesichtspunkt der Rechtsstaatlichkeit, höchst bedenklich wirkt.

90 Prozent der in den Strafprozessen weisen übrigens die französische Staatsbürgerschaft auf. Während in Deutschland übrigens von Seiten von FDP-Wi..., Vertretern der FDP behauptet wird, die Vorgänge in Frankreich bewiesen angeblich die Gefahren „*unkontrollierter Zuwanderung*“: <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/fdp-warnt-vor-zustaenden-wie-in-frankreich-unkontrollierte-zuwanderung-bedroht-i-84540640.bild.html>

Post skriptum: Ab dem heutigen Mittwoch Abend sollen im Raum Paris und andere städtischen Ballungszentren die Buslinien und Straßenbahnen wieder normal verkehren. Seit dem vorigen Freitag, den 30.06.23 waren sie (infolge des Ausbrennens einer Straßenbahn in der Nähe von Paris) nur noch bis 21 Uhr, am gestrigen Abend bis 22 Uhr verkehr. Dies deutet auf ein tatsächliches Abflauen der Riots hin. (Vgl. https://www.huffingtonpost.fr/france/article/les-bus-et-tramways-de-toute-la-france-circuleront-de-nouveau-normalement-a-partir-de-ce-mercredi_220223.html und <https://www.ladepeche.fr/2023/07/05/emeutes-en-france-la-circulation-des-bus-et-des-tramways-va-revenir-a-la-normale-ce-mercredi-soir-annonce-clement-beaune-11322449.php>)

Artikel von Bernard Schmid vom 5.7.2023 - wir danken!

Siehe zum Hintergrund das Dossier: [Frankreich: Nach dem polizeilichen Todesschuss auf den 17-jährigen Nahel in Nanterre - vor Verhängung des Ausnahmezustands?](#)